

## **Folgen des Ukraine-Krieges für Betriebe in Baden-Württemberg – Beschäftigung und wirtschaftliche Auswirkungen**

**Auswertung des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg**

**René Kalweit**

**Paul Setzepfand**



# Folgen des Ukraine-Krieges für Betriebe in Baden-Württemberg – Beschäftigung und wirtschaftliche Auswirkungen

Auswertung des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

René Kalweit\* und Paul Setzepfand

## Inhalt

Das Wichtigste in Kürze .....	2
1 Einleitung .....	3
2 Nutzung des ukrainischen Erwerbspotentials durch Betriebe in Baden-Württemberg .....	4
2.1 Erwerbszahlen ukrainischer Staatsbürger .....	4
2.2 Beschäftigung ukrainischer Flüchtlinge in den Betrieben .....	6
2.3 Multivariate Untersuchung zur Einstellung von ukrainischen Flüchtlingen .....	10
3 Wirtschaftliche Betroffenheit durch den Ukraine-Krieg .....	14
4 Fazit .....	21
Literaturverzeichnis .....	23
A Anhang .....	25
A.1 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Ukrainer:innen unter Berücksichtigung der Mitarbeiterfluktuation .....	25
A.2 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Ukrainer:innen unter Berücksichtigung des Beschäftigtenwachstums .....	26

**Dieser Bericht entstand im Auftrag der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.**

---

\* Ansprechperson am IAW: René Kalweit, rene.kalweit@iaw.edu. Datengrundlage des Berichts ist das IAB-Betriebspanel für Baden-Württemberg, Wellen 2009-2022. Die Autoren danken dem Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für die Unterstützung bei der Datenaufbereitung sowie Bernhard Boockmann, Silke Hamann und Rüdiger Wapler für Kommentare und Anmerkungen.

## Das Wichtigste in Kürze

Dieser Kurzbericht beschäftigt sich mit den arbeitsmarktlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Betriebe Baden-Württembergs.

In Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, der seit Februar 2022 andauert, sind mehr als eine Million Ukrainer:innen als Schutzsuchende nach Deutschland geflohen; mehr als 100.000 von ihnen haben sich in Baden-Württemberg niedergelassen. Die Integrationen der geflüchteten Ukrainer:innen in die deutsche Gesellschaft ist von großer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sowohl im Hinblick auf den weiteren Verlauf als auch auf die Dauer des Ukraine-Krieges weiterhin Unklarheit herrscht. Zu dieser gesellschaftlichen Eingliederung gehört auch die Einbindung geflüchteter Ukrainer:innen in den regionalen Arbeitsmarkt. Auf Grundlage des IAB-Betriebspanels 2022 wird erörtert, in welchem Umfang dies zum Befragungszeitpunkt bereits geschehen ist und was die Erwerbsbeteiligung ukrainischer Geflüchteter beeinflusst. In diesem Kontext werden auch Erkenntnisse aufgrund früherer Flüchtlingszuwanderung, vor allem der Flüchtlingskrise 2015/16, aufgegriffen.

Auch jenseits der arbeitsmarktlichen Auswirkungen sind die deutschen Betriebe ganz direkt von den Folgen des Ukraine-Krieges betroffen. Die Kosten für Treibstoff, Energie oder Rohstoffe schnellten in die Höhe, Sanktionen gegen Unternehmen in Russland reduzierten den Außenhandel und die wirtschaftlichen Erwartungen der Unternehmen und der Haushalte erreichten ein historisches Tief. Wie und in welchem Umfang sich der Krieg auf die Betriebe Baden-Württembergs ausgewirkt hat, wird im Folgenden ebenso auf Basis des IAB-Betriebspanels beurteilt.

In Bezug auf die Arbeitsmarkteffekte zeigen die Auswertungen, dass die Integration geflüchteter Ukrainer:innen in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt bereits erfolgreich begonnen hat. Etwa 7 % der Betriebe Baden-Württembergs hatten bis Oktober 2022 bereits Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten wegen eines Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatzes; in 2 % der Betriebe werden ukrainische Geflüchtete bereits beschäftigt. In beiden Dimensionen liegt Baden-Württemberg nahe dem gesamtdeutschen Schnitt. Geflüchtete Ukrainer:innen finden bisher vor allem in großen Betrieben sowie im Dienstleistungssektor eine Beschäftigung. Vorherige Erfahrungen in der Beschäftigung von Geflüchteten, die im Rahmen der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen sind, sind positiv mit der Wahrscheinlichkeit eines Kontakts oder einer Einstellung von Ukrainer:innen korreliert. Auch ein Mangel an Arbeitskräften, gemessen als Anteil offener Stellen an allen Stellen im Betrieb, ist positiv mit dem Kontakt zu bzw. der Beschäftigung von geflüchteten Ukrainer:innen korreliert.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass sich der Ukraine-Krieg im Sommer 2022 in wesentlichem Umfang auf die Betriebe in Baden-Württemberg ausgewirkt hat. Knapp jeder zweite Betrieb ist nach eigenen Angaben wirtschaftlich vom Krieg betroffen; in den weitaus meisten Fällen negativ. Dies trifft insbesondere auf Betriebe aus energie- und rohstoffintensiven Sektoren, wie dem Energiesektor oder dem verarbeitenden Gewerbe, zu. Auch mittlere und große Betriebe sowie Betriebe, die Außenhandel betreiben, spüren überdurchschnittlich häufig wirtschaftliche Auswirkungen. Insgesamt stuft jeder zehnte Betrieb Baden-Württembergs die wirtschaftlichen Folgen als stark oder sehr stark ein; trotz der weitreichenden regional- und weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Konfliktes in der Ukraine berichtet allerdings knapp jeder zweite Betrieb, gar nicht oder allenfalls in geringem Maße betroffen zu sein.

## 1 Einleitung

Am 24. Februar 2022 hat Russland die Ukraine angegriffen mit weitreichenden Folgen für das Leben der Menschen in Europa und der Welt. Während der Krieg andauerte, reisten viele Ukrainer:innen aus ihrem Land aus, um unter anderem in Deutschland und anderen Staaten der Europäischen Union Schutz zu suchen. Nach Angaben des UNHCR wurden allein bis Februar 2023 13 Millionen Menschen in der Ukraine vertrieben, davon reisten etwa 8 Millionen ins europäische Ausland (UNHCR 2023). In Deutschland wurden zwischen Februar 2022 und Mitte April 2023 1.060.822 Ukrainer:innen im Ausländerzentralregister erfasst; 131.000 Menschen leben in Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt 2023). Für Baden-Württemberg und die Menschen bedeutet dies in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung. Neben der Unterbringung, den Sprachbarrieren und der Teilhabe an Bildung wird auch die Erwerbsbeteiligung mit zunehmender Aufenthaltsdauer eine relevante Rolle spielen.

Im Fokus dieses Berichts stehen zunächst die kurzfristigen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die baden-württembergischen Betriebe. Dabei sollen zwei Aspekte näher untersucht werden: erstens, die Beschäftigung von ukrainischen Flüchtlingen und zweitens die weiteren unmittelbaren betrieblichen Auswirkungen des Ukraine-Konflikts.

Besonders interessant ist dabei die Verbindung zum Thema Fachkräftemangel, und inwiefern stärker vom Fachkräftemangel betroffene Betriebe eher dazu geneigt sind, Geflüchtete zu beschäftigen. Der Fachkräftemangel ist von zunehmender Bedeutung für Betriebe in Baden-Württemberg. Von daher stellt sich die Frage, inwieweit betroffene Betriebe versuchen, das neue Arbeitskräftepotential zu nutzen. Da die Auswirkung des Ukraine-Krieges und die damit zusammenhängende Migrationsbewegung erst im Jahr 2022 beginnen und demnach Betriebe erst in geringem Maße mit Ukrainer:innen in Kontakt stehen, wird dieser Zusammenhang zur Beschäftigung von Geflüchteten auch allgemein für die Jahre 2017 und 2018 ausgewertet.

In der Untersuchung soll zudem darauf eingegangen werden, ob Betriebe, die bereits Geflüchtete beschäftigt haben, auch gegenwärtig eher dazu bereit sind. Es ist davon auszugehen, dass Betriebe, die bereits (positive) Erfahrungen mit Arbeitskräften aus dem Ausland bzw. Geflüchteten gesammelt haben, auch in Zukunft wieder eher solche Personen beschäftigen. Beschäftigung lohnt sich eher für Betriebe, die bereits Erfahrung in Form von Wissen und Umgang aufgebaut haben, und die die (anfängliche) Arbeitsleistung von Geflüchteten besser abschätzen können.

Im zweiten Teil des Berichts werden die betrieblichen Auswirkungen des Ukraine Konflikts selbst ausgewertet. Dafür hat das IAB-Betriebspanel bereits in der Befragungswelle 2022 Fragen zum Ukraine-Konflikt aufgenommen, die nun zur Auswertung zur Verfügung stehen. Da die Befragung nur wenige Monate nach dem Beginn des Ukraine-Krieges stattgefunden hat, ist damit zu rechnen, dass nur kurzfristige Anpassungen und Auswirkungen beobachtet werden können. Hierzu zählen bspw. die unmittelbaren Folgen des Anstiegs der Energiepreise und die Russland-Sanktionen, die einen wesentlichen Einflussfaktor auf die betrieblichen Ertragsaussichten darstellen.

## 2 Nutzung des ukrainischen Erwerbspotentials durch Betriebe in Baden-Württemberg

Zum Jahreswechsel 2022/23 lebten in Baden-Württemberg 131.000 Schutzsuchende mit ukrainischer Staatsangehörigkeit (Statistisches Landesamt 94/2023). 35 % aller in Deutschland schutzsuchenden Ukrainer:innen sind nach Angaben des Ausländerzentralregister Kinder (siehe auch Hauptmann et al. 2022, S. 5). Dies dürfte ebenfalls für Baden-Württemberg zutreffen, wofür keine eigenen Zahlen vorliegen. Unter den verbliebenen etwa 85.000 Erwachsenen sind knapp 80 % Frauen. Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren konnten seit dem 25. Februar 2022 die Ukraine grundsätzlich nicht mehr verlassen<sup>2</sup>; der hohe Frauen- und Kinderanteil verwundert daher nicht. Die Integration der Ukrainer:innen dürfte demnach stark davon abhängen, inwieweit eine Betreuung für die Kinder sichergestellt werden kann. Längerfristig stellt sich die Frage, wie lange ihr Aufenthalt in Deutschland dauern wird und ob sie sich mittelfristig vorstellen können, in Deutschland am Arbeitsmarkt zu partizipieren und sich gesellschaftlich zu integrieren. In einer Befragung im Herbst 2022 etwa offenbarte mehr als ein Drittel (37 %) der befragten Ukrainer:innen, für immer oder für mehrere Jahre in Deutschland bleiben zu wollen (Brücker et al. 2022).

Perspektivisch haben die Ukrainer:innen gute Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ein großer Anteil hat einen tertiären Bildungsabschluss (63 % bei den Frauen, 47 % bei den Männern, siehe auch Schreyer et al. 2022). Bossler und Popp (2022) zeigen, dass Ukrainer:innen häufig in technischen und medizinischen Berufen arbeiten, jedoch selten im Handwerk tätig sind. Die qualifikatorischen Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Partizipation am Arbeitsmarkt dürften also in vielen Fällen gegeben sein.

Gleichzeitig bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch, während in den Betrieben viele Renteneintritte bevorstehen. In Baden-Württemberg sind im Jahr 2022 1,2 von 4,9 Millionen Beschäftigten über 55 Jahre alt (Statistisches Landesamt 2022) und stehen in den nächsten 10 Jahren vor ihrem Renteneintritt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen (sv.) Beschäftigten wuchs indes im Mittel um 1,5 % p. a. (bzw. 75.000 sv. Beschäftigten p.a.) in den letzten 10 Jahren. Über die Hälfte dieses Wachstums geht auf ausländische Beschäftigte zurück (57 %). Angesichts des demografischen Wandels und bei weiterwachsender Nachfrage nach Arbeitskräften stellt sich die Frage, inwieweit das ukrainische Erwerbspotential in der kurzen Frist schon aktiviert werden konnte.

### 2.1 Erwerbszahlen ukrainischer Staatsbürger

Die ersten Zahlen zeigen, dass die Integration der Ukrainer:innen in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt bereits begonnen hat. Zwischen März 2022 und Dezember 2022<sup>3</sup> hat sich die Zahl der

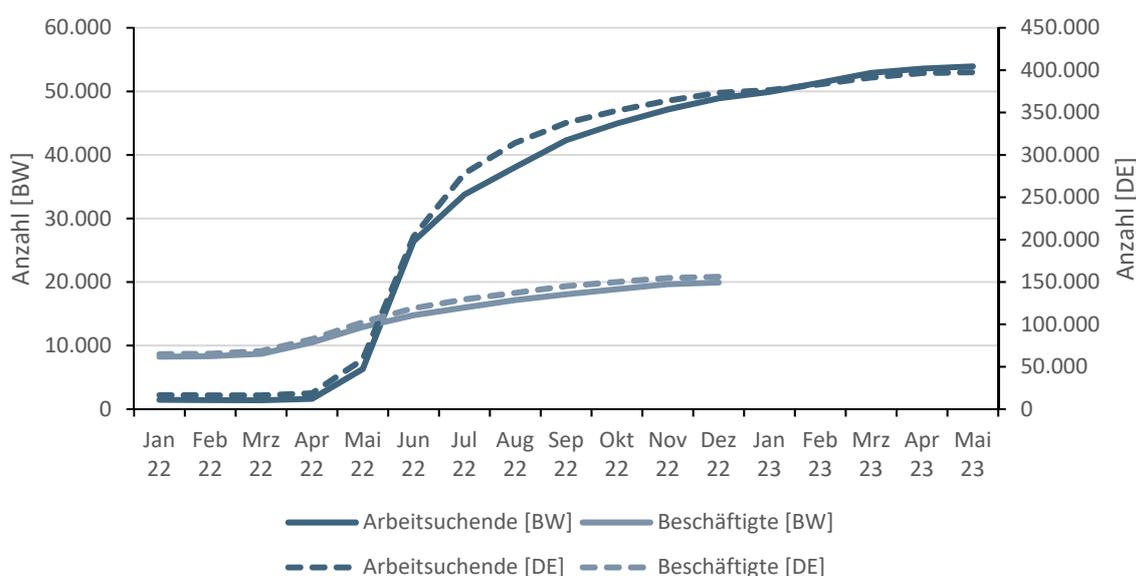
---

<sup>2</sup> Das Ausreiseverbot gilt nicht für alleinerziehende Väter, für solche mit drei oder mehr Kindern, sowie für Menschen mit Behinderungen. Vom Verbot ausgenommen sind auch Studierende ausländischer Hochschulen, Fahrer humanitärer Hilfstransporte sowie Personen mit ständigem Wohnsitz im Ausland.

<sup>3</sup> Die Beschäftigtenzahlen werden erst mit 6-monatiger Verzögerung von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Aktuellere Zahlen liegen daher nicht vor.

abhängig Beschäftigten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft (von 8.700 auf 19.900<sup>4</sup>) mehr als verdoppelt (siehe Abbildung 2.1). Damit sind 19,2 % aller neu eingereisten erwerbsfähigen Ukrainer:innen beschäftigt.<sup>5</sup> Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden vervielfacht (auf etwa 49.000 bis Dezember 2022). Dies bedeutet, dass etwa zwei Drittel aller erwachsenen Ukrainer:innen in Baden-Württemberg bereits auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind oder sein wollen. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von Ukrainer:innen unterscheidet sich dabei nur unwesentlich zwischen Baden-Württemberg und Deutschland.

Abbildung 2.1 Ukrainer:innen auf dem Arbeitsmarkt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Für September 2022 liegen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) detailliertere Zahlen zu der Erwerbstätigkeit der Ukrainer:innen vor: Von 18.100 Erwerbstätigen gehen drei von vier einer sozialversicherungspflichtigen (sv.) Beschäftigung nach; 62 % davon sind Frauen (BA 2023). Ukrainische Männer sind derzeit häufiger erwerbstätig. Sie stellen 38 % der sv. Beschäftigten, aber nur 20 % der in Deutschland lebenden Ukrainer:innen. Die Mehrheit (59 %) der sv. beschäftigten Ukrainer:innen arbeitet in kleinen und mittleren Betrieben (10-249 Beschäftigte). Am häufigsten arbeiten sie im verarbeitenden Gewerbe (17,2 %), im Handel (10,2 %) und im Gastgewerbe (9,8 %). Im Vergleich zu allen sv. Beschäftigten arbeiten sie damit seltener im verarbeitenden Gewerbe (-10,8 Prozentpunkte) und häufiger im Gastgewerbe (+ 7,2 Prozentpunkte) sowie in der Leiharbeit (+ 4,3 Prozentpunkte). Auch beim Anforderungsniveau der ukrainischen sv. Beschäftigten gibt es große Unterschiede im Vergleich zu allen sv. Beschäftigten. Ukrainer:innen arbeiten häufiger im Helfersegment (38,6 % vs. 16 %), und weniger oft als Fachkraft (39,3 % vs. 53,6 %) – gegenüber allen ausländischen sv. Beschäftigten arbeiten sie aber nur geringfügig häufiger in Helferberufen (+ 2,3 Prozentpunkte). Die

<sup>4</sup> Die Angaben sind gerundet auf 100er.

<sup>5</sup> Die Zahl der erwerbsfähigen Ukrainer:innen ist von 1.240 auf 59.640 gestiegen zwischen März 2022 und Dezember 2022. Diese Differenz wird approximativ für die neu ankommenden erwerbsfähigen Ukrainer:innen herangezogen und ins Verhältnis zur Differenz der zusätzlich Beschäftigten Ukrainer:innen gesetzt.

von Schreyer et al. (2022) festgestellten guten Qualifikationen der Ukrainer:innen scheinen bis dato noch nicht dazu zu führen, dass sie häufiger in höheren Qualifikationen beschäftigt sind. In den Pflege- und Gesundheitsberufen ist bspw. für viele Tätigkeiten die formale Anerkennung der Qualifikation notwendig. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum bislang nicht vermehrt Ukrainer:innen im Heim- und Sozialwesen (+ 1,6 Prozentpunkte gegenüber allen sv. Beschäftigten) oder im Gesundheitswesen arbeiten (-1,1 Prozentpunkte gegenüber allen sv. Beschäftigten).

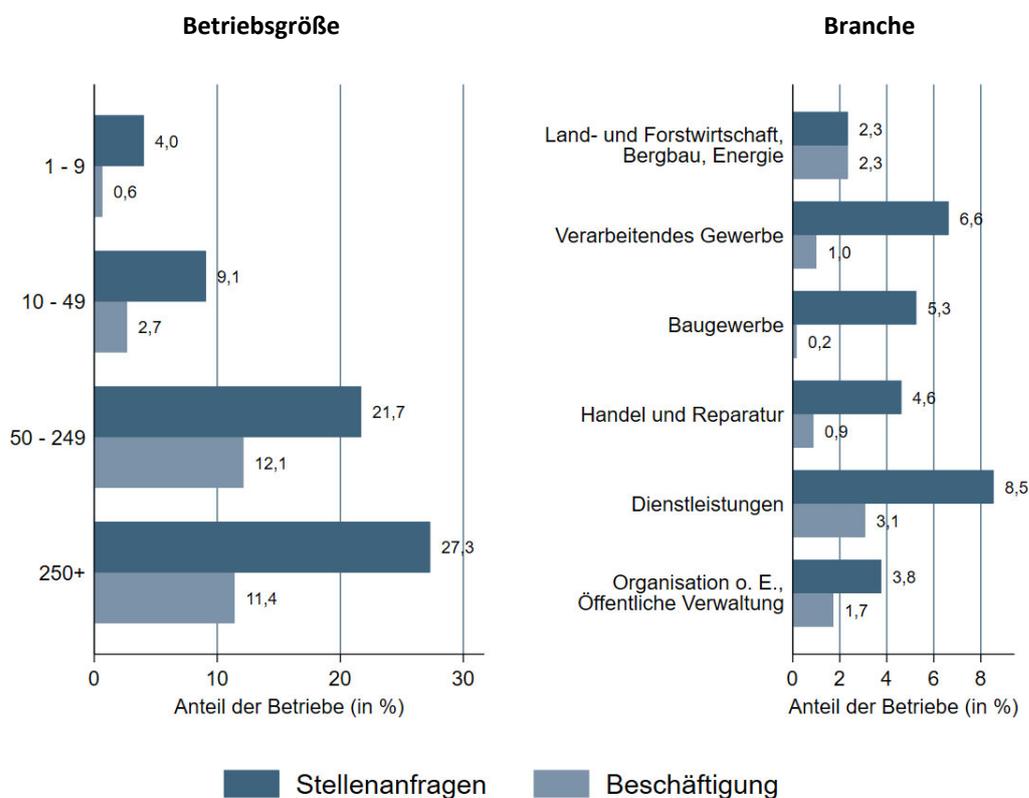
In Baden-Württemberg ist das Medianentgelt von ukrainischen Vollzeitbeschäftigten höher als im gesamten Bundesgebiet (3.332 € vs. 3.081 €). Innerhalb Baden-Württembergs verdienen sie demnach im Median weniger als Deutsche (3.959 €), aber mehr als andere ausländische Staatsangehörige (2.864 €), wobei weniger ein Drittel (29 %) der Ukrainer:innen in Baden-Württemberg in Vollzeit arbeitet. Auch in der Bundesrepublik verdienen Ukrainer:innen im Median mehr als andere in Deutschland tätige Ausländer:innen, obwohl sie auffällig oft im Gastgewerbe arbeiten und besonders selten im verarbeitenden Gewerbe, wo besonders gut gezahlt wird.

Es zeigt sich, dass ein Teil der Ukrainer:innen bereits erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt aktiv geworden ist, während die Zahl der Arbeitssuchenden darauf schließen lässt, dass die Erwerbstätigkeit im Jahr 2023 noch weiter zunehmen wird. Grundsätzlich dürfte der Einstieg von ukrainischen Flüchtlingen schneller gelingen als vormals eingereisten syrischen Flüchtlingen, da u. a. die Aufenthaltsgenehmigungen für Ukrainer:innen pauschal mit Arbeitserlaubnis erteilt werden. Es muss also zumindest von der formalrechtlichen Seite „nur“ auf die Ausstellung des Titels gewartet werden. Wann sich die Arbeitssuchenden tatsächlich auf den Arbeitsmarkt begeben, hängt aber auch von der Beseitigung weiterer Arbeitshemmnisse ab, wie dem Spracherwerb bzw. abgeschlossenen Integrationskursen, die in der Regel 12 Monate dauern (inkl. einer angenommenen Wartezeit von 6 Monaten) (Tagesschau 2023). Und auch die mitgereisten Kinder benötigen eine zuverlässige Betreuung, bevor die Aufnahme einer Tätigkeit möglich ist.

## **2.2 Beschäftigung ukrainischer Flüchtlinge in den Betrieben**

Das IAB-Betriebspanel bietet einen tieferen Einblick, welche Arbeitgeber bereits ukrainische Flüchtlinge beschäftigen bzw. in welchen Betrieben Ukrainer:innen wegen einer Beschäftigung angefragt haben. Die Betriebe sind im Frühsommer 2022 dahingehend befragt worden, ob geflüchtete Personen, die in Folge des Krieges in der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, beim Betrieb wegen eines Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatzes angefragt hätten. Dies bejahten 6,8 % der befragten baden-württembergische Betriebe (N = 137). Ein Großteil der baden-württembergischen Betriebe hatte zum Zeitpunkt der Befragung – etwa ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn – also noch keinen Kontakt zu geflüchteten Ukrainer:innen bezüglich einer Stelle. Insgesamt liegt Baden-Württemberg damit nahe dem gesamtdeutschen Schnitt von rund 7,1 %.

Abbildung 2.2 Stellenanfragen und Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter in baden-württembergischen Betrieben, nach Betriebsgröße/Branche



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022.

Wie sich in Abbildung 2.2 zeigt, haben kleinere Betriebe mit geringerer Wahrscheinlichkeit Kontakt zu geflüchteten Ukrainer:innen. Dies ist erwartbar, denn in größeren Betrieben mit mehr Beschäftigten ist die Wahrscheinlichkeit, dass für mindestens eine offene Stelle Kontakt zu einer geflüchteten Person aus der Ukraine besteht, höher als in kleineren Betrieben, in denen absolut weniger offene Stellen ausgeschrieben werden und die weniger bekannt sind als größere Betriebe. Der Kontakt mit Ukrainer:innen steigt demnach mit der Betriebsgrößenklasse<sup>6</sup> an.

Im Hinblick auf sektorale<sup>7</sup> Unterschiede (Abbildung 2.2) lässt sich beobachten, dass innerhalb der Dienstleistungsbranche der größte Anteil an Betrieben bereits in Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten stand (rund 8,5 %), was sich auch in den Beschäftigtenzahlen der BA zeigt (siehe Kapitel 2.1): Insgesamt arbeiten 64,7 % der sv. Beschäftigten im Dienstleistungsbereich [G-U], unter den ukrainischen sv. Beschäftigten sind es 74,5 %. Dies ist vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der geflüchteten

<sup>6</sup> Die im Bericht verwendeten Betriebsgrößenklassen orientieren sich an den Unternehmensgrößenklassen des Statistischen Bundesamts: Kleinstbetriebe (bis neun Beschäftigte), kleine Betriebe (bis 49 Beschäftigte), mittlere Betriebe (bis 249 Beschäftigte) und Großbetriebe (mehr als 249 Beschäftigte).

<sup>7</sup> Als Grundlage für die hier verwendeten Branchenklassifikationen dient die sechsklassige Einteilung des IAB: [1] Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Energie, [2] Verarbeitendes Gewerbe, [3] Baugewerbe, [4] Handel und Reparatur, [5] Dienstleistungen, [6] Organisation ohne Erwerbszwecke, Öffentliche Verwaltung.

Ukrainer:innen im Erwerbsalter Frauen sind und diese bereits vor Kriegsbeginn in der Ukraine häufig in Dienstleistungsberufen arbeiteten (Bossler und Popp, 2022), nicht verwunderlich. Am seltensten wurden Betriebe im Sektor *Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Energie* (2,3 %) angefragt, was sich auf den geringen Anteil an Männern, die tendenziell häufiger in diesen Sektoren arbeiten, zurückführen lassen könnte. Insgesamt ist die Branchenheterogenität allerdings nicht so stark ausgeprägt, dass die Stellenanfragen zwischen den Branchen statistisch gesehen unterschiedlich sind. Nur zwischen der Dienstleistungsbranche und dem Sektor *Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Energie* ist der Unterschied signifikant.

Im Vergleich zu Deutschland insgesamt sind die Tendenzen hinsichtlich sektoraler Unterschiede ähnlich; einzig das verarbeitende Gewerbe, in das auch die sogenannten Schlüsselbranchen<sup>8</sup> fallen, sticht etwas hervor: Während es deutschlandweit mit 10 % überdurchschnittlich oft mit ukrainischen Geflüchteten in Kontakt kommt, liegt das verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs mit knapp 6,6 % leicht unterhalb des baden-württembergischen Durchschnitts. Insbesondere die baden-württembergischen Schlüsselbranchen bekommen mit einem Anteil von rund 3,8 % ebenfalls eher selten Anfragen von ukrainischen Geflüchteten.

Dass sich eine geflüchtete Person aus der Ukraine um eine Stelle bemüht hat, gibt allerdings noch wenig Auskunft darüber, in wie vielen Betrieben ukrainische Geflüchtete tatsächlich bereits beschäftigt werden. Daher wurden Betriebe, die in Kontakt zu Ukrainer:innen standen, dazu befragt, ob sie eine dieser Personen letztendlich eingestellt hätten. Etwas weniger als ein Drittel (29,8 %) der Betriebe hat eine geflüchtete Person aus der Ukraine eingestellt, nachdem Kontakt bestand. Deutschlandweit waren es mit rund 34,4 % aller Betriebe etwas mehr. Unter allen baden-württembergischen Betrieben beschäftigen 2,0 % Ukrainer:innen (gegenüber 2,4 % unter allen Betrieben in Deutschland). In beiden Fällen sind die Abweichungen zwischen Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt nicht hinreichend groß, als dass die Werte signifikant unterschiedlich sind. Besonders häufig werden Ukrainer:innen im Dienstleistungssektor beschäftigt. Im Baugewerbe, dem verarbeitenden Gewerbe und dem Handel und der Reparatur erhalten sie, betrachtet an den Stellenanfragen, relativ häufig eine Absage. In den Betriebsgrößenklassen zeigt sich bezüglich der Anfragen das gleiche Muster: Mit zunehmender Betriebsgröße steigt die Wahrscheinlichkeit, eine geflüchtete Person zu beschäftigen.

In den folgenden deskriptiven Analysen steht die Frage des Kontakts zu ukrainischen Geflüchteten und nicht die Einstellung im Vordergrund, da die Anzahl der Betriebe, die nach dem Beginn des Kriegs Ukrainer:innen eingestellt haben, mit 89 im Sample nur gering ist und Deskriptionen zum Aspekt der Stellenanfragen aussagekräftiger bzw. belastbarer sind. Im nächsten Kapitel kommen wir aber wieder auf die Beschäftigung ukrainischer Personen zurück.

In Übereinstimmung mit Ergebnissen zur Flüchtlingskrise 2015/16 erwartet u. a. Kubis (2023) einen positiven Zusammenhang zwischen der früheren Beschäftigung von Geflüchteten und dem Kontakt zu bzw. der Beschäftigung von geflüchteten Ukrainer:innen. Im Folgenden wird daher untersucht, ob Betriebe, die im Zuge der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommene Personen beschäftigt haben,

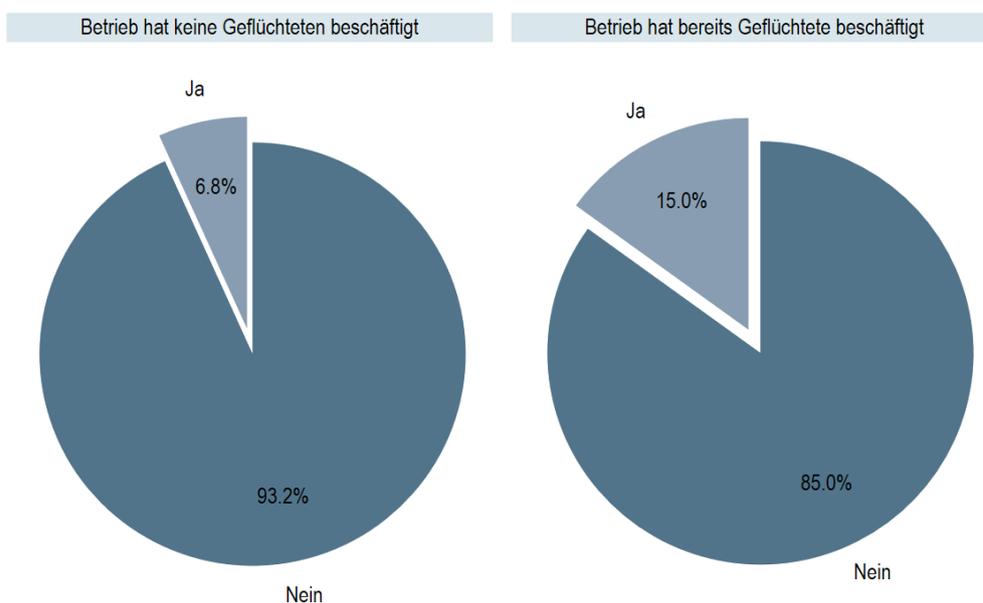
---

<sup>8</sup> Die Schlüsselbranchen (oder auch Schlüsselindustrien) umfassen den Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Metall- und Elektroindustrie.

häufiger von Ukrainer:innen Stellenanfragen erhalten haben.<sup>9</sup> Da allerdings nicht für alle der 2022 befragten Betriebe Informationen aus diesen Jahren vorliegt, findet nachfolgende Analyse mit einem verkleinerten Sample statt.<sup>10</sup>

Abbildung 2.3 zeigt, dass Betriebe, die bereits zuvor Geflüchtete beschäftigten, häufiger eine Anfrage von geflüchteten Ukrainer:innen erhalten haben (15,0 % vs. 6,8 %). Betriebe, die die Beschäftigung von Geflüchteten 2017 bzw. 2018 verneinten, liegen mit 6,8 % hingegen nahe dem Durchschnitt. Diese Differenz von etwa 8,2 Prozentpunkten ist statistisch signifikant auf dem 10%-Niveau. Berücksichtigt man zusätzlich, dass größere Betriebe auch in der Vergangenheit häufiger Flüchtlinge beschäftigt haben, zeigt sich kein signifikanter Unterschied mehr. Die Differenz beträgt dann noch 3,8 Prozentpunkte.

Abbildung 2.3 Stellenanfragen durch ukrainische Geflüchtete in baden-württembergischen Betrieben, nach vorherigem Kontakt zu Geflüchteten



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet): Betrieb hat bereits Geflüchtete beschäftigt,  $N = 89$ ; Betrieb hat keine Geflüchteten beschäftigt,  $N = 272$ .

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn statt Betrieben mit vorheriger Beschäftigung von Geflüchteten jene betrachtet werden, die in der Vergangenheit in Kontakt zu Geflüchteten standen (also entweder einem Geflüchteten ein Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsangebot gemacht haben oder ein Geflüchteter sich aktiv um einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz beim Betrieb bemüht hat): Betriebe, die in der Vergangenheit bereits Kontakt hatten (18,3 %), haben deutlich häufiger Anfragen von

<sup>9</sup> Als Grundlage hierfür dienen die Informationen aus der den Befragungen der IAB-Betriebspanels 2017 und 2018, in denen Betriebe danach gefragt worden sind, ob sie Personen, die im Zuge der Flüchtlingskrise seit 2015 nach Deutschland gekommen waren, im Betrieb beschäftigten.

<sup>10</sup> Konkret haben von 1.139 baden-württembergischen Betrieben, die 2022 befragt worden sind, 362 und damit weniger als ein Drittel mindestens an einer der beiden vorherigen Befragungen teilgenommen. Unter Berücksichtigung der Hochrechnungsfaktoren haben 12,3 % dieser Betriebe angegeben, bereits Geflüchtete beschäftigt zu haben.

geflüchteten Ukrainer:innen erhalten als solche ohne Erfahrung mit Geflüchteten (5,9 %). Auch wenn man nur Betriebe einer Betriebsgrößenklasse vergleicht, bleiben die Unterschiede signifikant. Demnach lässt sich durchaus erkennen, dass Erfahrungen mit Geflüchteten positiv mit dem Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten als potentielle Arbeitskräfte assoziiert sind. Ein möglicher Grund könnte ein höherer Ausländeranteil dieser Betriebe sein: Wie Hauptmann und Keita (2022) berichten, stellen Betriebe mit ausländischen Beschäftigten häufiger Geflüchtete ein. Dies könnte durch Selbstselektionseffekte verstärkt werden, bspw. wenn geflüchtete Ukrainer:innen aktiv auf solche Betriebe zugehen, die bereits andere Ukrainer:innen beschäftigen oder generell ein interkulturelles Betriebsklima besitzen. Inwiefern es eine Rolle spielt, dass Betriebe bereits wissen, worauf sie bei der Beschäftigung von Geflüchteten achten müssen, bleibt auf Grund der Formulierung in der Befragung unklar.<sup>11</sup> Hauptmann und Keita (2022) benennen dies zum Beispiel als möglichen Grund für ihre Beobachtungen.

### 2.3 Multivariate Untersuchung zur Einstellung von ukrainischen Flüchtlingen

Um belastbare Ergebnisse für die Frage zu bekommen, welche Betriebe von ukrainischen Flüchtlingen angesprochen werden und welche Betriebe Ukrainer:innen beschäftigen, wurde eine Probit-Analyse durchgeführt. An Hand dieser Regression wird die Wahrscheinlichkeit bestimmt, dass ein Betrieb eine Anfrage erhält bzw. eine geflüchtete Person aus der Ukraine einstellt. Besonders interessant könnte diesbezüglich der Zusammenhang mit dem betrieblichen Fachkräftemangel sein, das heißt die Frage danach, inwiefern besonders vom Fachkräftemangel betroffene Betriebe eher dazu geneigt sind, Geflüchtete zu beschäftigen.

Abbildung 2.4 zeigt die Ergebnisse der Probit-Schätzung für eine Stellenanfrage sowie die Einstellung von ukrainischen Flüchtlingen.<sup>12</sup> Wie in Bezug auf Abbildung 2.2 bereits erörtert, zeigt sich, dass größere Betriebe signifikant häufiger Anfragen erhalten. Dies gilt auch für die Einstellung von ukrainischen Flüchtlingen. Großbetriebe (mit 250 und mehr Beschäftigten) haben eine 17,3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, einen ukrainischen Flüchtling einzustellen als Kleinstbetriebe (1-9 Beschäftigte), die als Referenzgruppe dienen. Der Unterschied ist signifikant auf dem 1 %-Niveau.

Die Beschäftigtenstatistik der BA zeigt, dass Ukrainer:innen häufiger in der Leiharbeit und der Gastronomie arbeiten (BA 2023). Beides wurde hier aufgrund der geringen Fallzahlen in *Dienstleistungen* zusammengefasst, in denen auch noch weitere Branchen des Dienstleistungssektors enthalten sind. Gegenüber dem verarbeitenden Gewerbe erhält der Dienstleistungssektor mit +4,6 Prozentpunkten signifikant (10 %-Niveau) häufiger Anfragen und stellt auch mit +4,3 Prozentpunkten signifikant (5 %-Niveau) häufiger ein. Der höhere Anteil in der Leiharbeit legt aber auch nahe, dass viele Ukrainer:innen zeitnah ihre Tätigkeit wechseln werden. In der Leiharbeit sind die Beschäftigungsdauern im Mittel nur

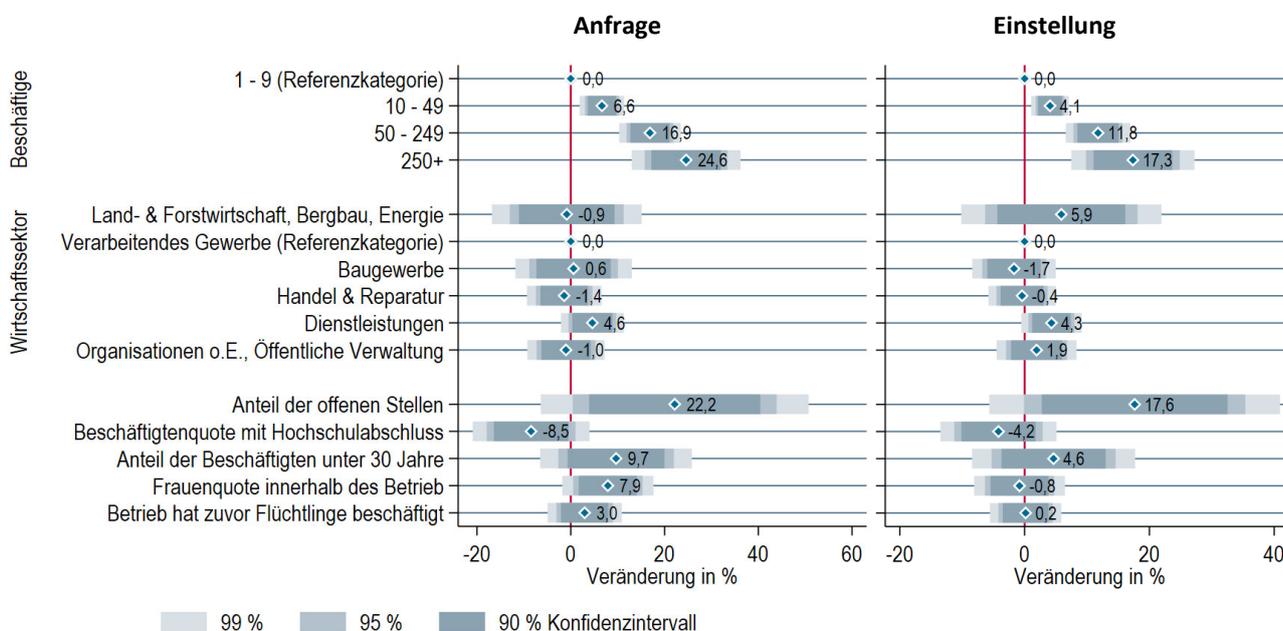
---

<sup>11</sup> Die Befragung im Rahmen des IAB-Betriebspanels 2022 formuliert explizit die ukrainischen Geflüchteten als aktiven Part, indem sie fragt, ob ukrainische Geflüchtete wegen eines Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatzes angefragt hätten. Die Befragung im Jahr 2017 war dahingehend offener: „Hat Ihr Betrieb/Ihre Dienststelle geflüchteten Personen, die im Zuge der großen Flüchtlingsbewegung seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten oder haben sich geflüchtete Personen selbst darum bemüht, sei es direkt oder über Dritte?“.

<sup>12</sup> Die Ergebnisse wurden in marginale Effekte umgerechnet, um sie einfacher interpretieren zu können. Die Wahrscheinlichkeit wird bei einer kategorialen Unterscheidung gegenüber einer Referenzgruppe ausgegeben und interpretiert.

15 Monate lang (Brändle et al. 2022). In der Analyse zeigen sich sonst gegenüber den anderen Sektoren nur kleine Unterschiede, die nicht signifikant sind. Dies gilt sowohl für Anfragen als auch für Einstellungen.

Abbildung 2.4 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Ukrainer:innen



Quelle: Probit-Regression mit der Ausgabe marginaler Effekte auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet):  $N = 1136$ ; davon mit beschäftigten ukrainische Geflüchtete,  $N = 69$ .

Der Anteil offener Stellen im Betrieb dient als Indikator für den Mangel an Arbeitskräften im Betrieb. Damit soll untersucht werden, ob ein Zusammenhang zwischen besonders vom Fachkräftemangel betroffenen Betrieben und der Beschäftigung von Ukrainer:innen besteht.

Die einfache Korrelation zwischen dem Anteil offener Stellen im Betrieb und dem Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten zeigt noch keinen signifikanten Zusammenhang. Werden jedoch die Sektoren und die Betriebsgröße berücksichtigt, zeigt sich eine positive, statistisch signifikante Relation. Betriebe mit einem um 1 Prozentpunkt höheren Anteil an offenen Stellen erhalten 0,22 Prozentpunkte mehr Anfragen, signifikant auf dem 5%-Niveau.

Demnach ist es wahrscheinlich, dass der Mangel an Arbeitskräften in einem Betrieb einen Einfluss darauf hat, ob sich Ukrainer:innen bei diesem Betrieb bewerben. Oder anders gesagt: Betriebe mit mehr offenen Stellen erhalten mehr Bewerbungen. Neben den Stellenausschreibungen sind ebenso die Jobcenter voraussichtlich ein Mediator für diesen Effekt, denen – im Gegensatz zu den Geflüchteten – in etwas größerem Maße bekannt sein sollte, ob es einem Betrieb an Personal mangelt, und eine Bewerbung empfiehlt. Von größerem Interesse ist allerdings, ob ein Zusammenhang zwischen dem Arbeitskräftemangel und der Entscheidung, geflüchtete Ukrainer:innen zu beschäftigen, besteht. Wie bereits weiter oben beschrieben, stellt rund ein Drittel der Betriebe, die mindestens eine Anfrage von einer geflüchteten Person aus der Ukraine erhalten hat, auch mindestens eine dieser Personen ein. Falls der akute Mangel an Arbeitskräften einen Einfluss auf diese Entscheidung haben sollte, dann wäre

eine positive Korrelation zwischen dem Anteil offener Stellen und der Beschäftigung von ukrainischen Geflüchteten zu erwarten. Abbildung 2.4 (rechts) zeigt einen positiven marginalen Effekt, der signifikant auf einem 10 %-Niveau ist. Betriebe mit einem 1 Prozentpunkt höheren Anteil offener Stellen beschäftigten zu 0,18 Prozentpunkten häufiger ukrainische Flüchtlinge. Dies lässt sich aber nicht nur auf den Arbeitskräftemangel der Betriebe selbst zurückführen. Betriebe stellen häufiger Ukrainer:innen ein, wenn die Mitarbeiterfluktuation<sup>13</sup> hoch ist, d. h. ein höherer Anteil an Neueinstellungen im Vergleich zur Belegschaft steht in Verbindung mit der Einstellung von Ukrainer:innen. Wird die Mitarbeiterfluktuation in der Schätzung berücksichtigt, gemessen an den relativen Abgängen/Neuzugängen im Vergleich zur Belegschaft, zeigt sich kein signifikant positiver Effekt durch den Anteil der offenen Stellen (siehe Anhang A1). Hier stellt sich die Frage, ob die Mitarbeiterfluktuation durch starkes Betriebswachstum getrieben oder anderweitig begründet ist, bspw. durch einen Verleihbetrieb. Ersetzt man in der Schätzung die Variable zur Mitarbeiterfluktuation durch das Betriebswachstum (d.h. das Wachstum gemessen am betriebseigenen Mittelwert der Beschäftigtenzahl), bleibt der Zusammenhang zwischen dem Anteil der offenen Stellen und der Beschäftigung von Ukrainer:innen signifikant und positiv (siehe Anhang A2). Dies bedeutet, dass Betriebe mit einer hohen Mitarbeiterfluktuation, die nicht durch Wachstum getrieben ist, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Ukrainer:innen einstellen. Dies könnten bspw. Zeitarbeitsbetriebe sein.

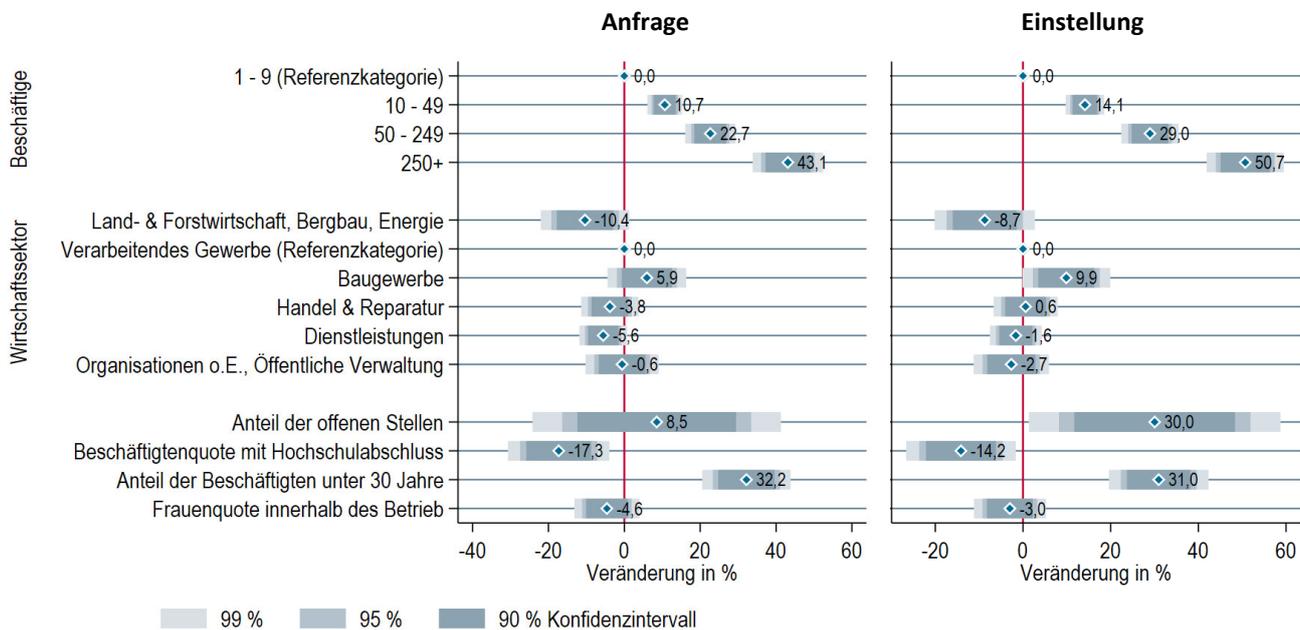
Hinsichtlich der Verteilung von Frauen und Männern im Betrieb unterscheiden sich Betriebe mit und ohne geflüchtete Ukrainer:innen nur geringfügig; der Frauenanteil liegt in beiden Fällen bei etwas weniger als der Hälfte. In der Analyse wurde hierzu die Frauenquote innerhalb des Betriebs hinzugezogen. Betriebe, mit einer höheren Frauenquote beschäftigen geringfügig weniger häufig Ukrainer:innen (-0,08 Prozentpunkte bei einer um 10 Prozentpunkten höheren Frauenquote). Der Unterschied ist jedoch nicht signifikant. Dies gilt nicht für Anfragen: Betriebe mit einer 10 Prozentpunkten höheren Frauenquote erhalten mit +0,79 Prozentpunkten signifikant (5 %-Niveau) häufiger Anfragen von ukrainischen Flüchtlingen. Dies dürfte in erster Linie auf die Art der Beschäftigung zurückzuführen sein, die durch die grobe Sektorenunterscheidung nicht vollständig kontrolliert werden kann.

Betriebe, die geflüchtete Ukrainer:innen eingestellt haben, weisen im Schnitt eine geringere Beschäftigtenquote von Personen mit Hochschulabschluss auf als andere Betriebe. Die Unterschiede sind aber statistisch insignifikant. Bereits in der Beschäftigtenstatistik der BA hat sich gezeigt, dass Ukrainer:innen häufiger in Helferberufen arbeiten und deutlich seltener als Spezialist:in oder Fachkraft. Kaum ein Unterschied zeigt sich bei der Beschäftigung von Expert:innen. Dementsprechend überrascht es nicht, dass Betriebe mit einem höheren Anteil an Hochschulabsolventen nicht signifikant weniger häufig ukrainische Geflüchtete beschäftigten.

---

<sup>13</sup> Die Mitarbeiterfluktuation ist definiert als die Anzahl der Neueinstellungen / Gesamtzahl der Beschäftigten zum 30.6. Jahres, bzw. die Anzahl der Abgänge / Gesamtzahl der Beschäftigten zum 30.6 eines Jahres

Abbildung 2.5 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Flüchtlingen im Jahr 2016/17



Quelle: Probit-Regression mit der Ausgabe marginaler Effekte auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet):  $N = 1923$ ; davon mit beschäftigten Geflüchteten,  $N = 498$ .

Betriebe, die bereits während der letzten Flüchtlingsbewegung im Jahr 2016 oder 2017 Geflüchtete beschäftigt hatten, bekommen auch derzeit wieder häufiger Anfragen von ukrainischen Flüchtlingen (siehe Abbildung 2.3). Auch in der multivariaten Schätzung zeigt sich, dass diese Betriebe häufiger Anfragen erhalten (+ 3,0 Prozentpunkte) und sie häufiger beschäftigten (+ 0,2 Prozentpunkte). Die Werte sind dabei aber nicht signifikant voneinander verschieden. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass sich die sozioökonomischen Eigenschaften der Menschen aus beiden Flüchtlingsbewegungen deutlich unterscheiden. Aus diesem Anlass wurde die (Probit-)Schätzung auch für die Jahre 2016/17 zu Vergleichszwecken durchgeführt, als äquivalente Fragen zur Einstellung von Flüchtlingen gestellt worden sind (siehe Abbildung 2.5). Der Vergleich ergibt deutliche Unterschiede. In den Jahren 2016/17 zeigt sich keine höhere Einstellungswahrscheinlichkeit im Dienstleistungssektor, was bei Ukrainer:innen der Fall ist. In der letzten Fluchtbewegung haben demgegenüber Betriebe mit einer jungen Belegschaft signifikant häufiger Flüchtlinge eingestellt. Eine junge Belegschaft zeigt sich grundsätzlich in relativ frisch gegründeten Betrieben, stark wachsenden Betrieben oder solchen mit einer besonders hohen Fluktuation (wie bspw. in der Leiharbeit). Während der letzten Flüchtlingsbewegung zeigt sich außerdem, dass Betriebe mit einem geringeren Anteil an Hochschulabsolventen signifikant häufiger Flüchtlinge beschäftigten (-0,14 Prozentpunkte je Prozentpunkt höheren Anteil an Hochschulabsolventen im Betrieb). Gemeinsam ist für beide Fluchtbewegungen zu beobachten, dass Betriebe mit einem höheren Anteil an offenen Stellen innerhalb ihres Sektors und ihrer Betriebsgröße häufiger dazu bereit sind, Geflüchtete einzustellen. Hinsichtlich der Anfragen ist die Korrelation der offenen Stellen offenbar bei den Ukrainer:innen höher. Dies könnte ein Anzeichen für ein effizienteres Matching sein: Betriebe haben eher die Bereitschaft, Menschen zu beschäftigen, wenn sie auch eine freie Stelle haben. Darüber hinaus erhalten Betriebe mit einer höheren Frauenquote auch häufiger Anfragen von ukrainischen Geflüchteten, die ebenfalls mehrheitlich Frauen sind.

Als Fazit für das Kapitel lässt sich ziehen, dass die Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter zum Zeitpunkt der Befragung (etwa ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch) bereits begonnen hat, aber der Großteil der Ukrainer:innen noch nicht am Arbeitsmarkt angekommen ist. Die Auswertung ergibt, dass ein geringer Anteil an Betrieben bereits in Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten stand. Insofern Kontakt bestand, stellte etwa jeder dritte dieser Betriebe mindestens eine:n Ukrainer:in ein. Dass viele Betriebe noch keinen Kontakt zu geflüchteten Ukrainer:innen gehabt haben können, zeigen u. a. auch die Zahlen der BA, nach denen weniger als jede:r fünfte Ukrainer:in erwerbstätig ist. In einer Befragung von Geflüchteten in der Zeit zwischen August und Oktober 2022 kommen auch Brücker et al. (2022) zum Ergebnis, dass 17 % der geflüchteten Ukrainer:innen im erwerbsfähigen Alter bereits erwerbstätig sind. Angesichts der kurzen Zeitspanne ist es dennoch beachtlich, wie schnell Betriebe Ukrainer:innen einstellen. Unter den in den Jahren 2013 bis 2016 nach Deutschland eingereisten Geflüchteten hat sich die Erwerbsbeteiligung im Vergleich deutlich langsamer entwickelt (Brücker et al. 2020). Betriebe, die bereits ukrainische Flüchtlinge beschäftigen, sind eher vom Fachkräftemangel betroffen und im Dienstleistungssektor anzutreffen. Betriebe mit einer höheren Frauenquote erhalten häufiger Stellenanfragen von ukrainischen Flüchtlingen.

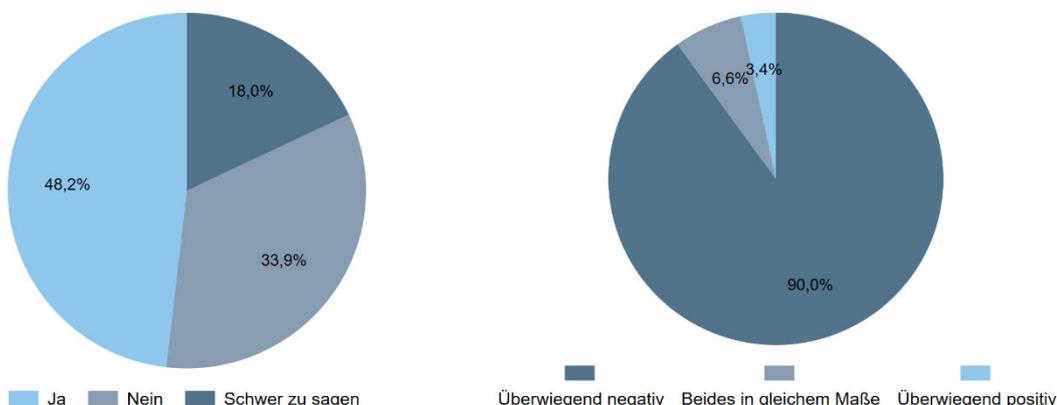
Dass nicht noch mehr Ukrainer:innen erwerbstätig sind, hat viele Gründe: Zum einen haben die meisten Ukrainer:innen etwa ein halbes Jahr nach ihrer Ankunft ihren Integrationskurs weder begonnen, geschweige denn abgeschlossen. Dieser beinhaltet auch einen geförderten Deutschkurs bis zum Sprachniveau B1, was in vielen Fällen eine Grundvoraussetzung für die Erwerbstätigkeit ist. Nur die wenigsten Ukrainer:innen sind bereits mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen nach Deutschland gekommen; Brücker et al. (2022) berichten von einem Anteil von etwa 4 % der Geflüchteten, die zum Befragungszeitpunkt gut oder sehr gut Deutsch sprach. Entsprechend ist der Erwerb von Deutschkenntnissen, insbesondere in Form von der Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen, die Priorität vieler Ukrainer:innen, die längerfristig (oder auf unabsehbare Zeit) in Deutschland bleiben wollen. Im zweiten Halbjahr des Jahres 2022, also im gleichen Befragungszeitraum des IAB-Betriebspanels, befand sich etwa die Hälfte der Geflüchteten in solchen Kursen (Brücker et al., 2022). Darüber hinaus sind viele der geflüchteten Ukrainer:innen im Erwerbsalter Frauen, die mit ihren Kindern nach Deutschland gekommen sind (Hauptmann, Keita und Konle-Seidl, 2022). Entsprechend könnte hier die noch mangelnde Eingliederung der Kinder in Betreuungs- und Bildungsangebote eine Rolle für die geringe Erwerbstätigkeit der ukrainischen Geflüchteten spielen. Brücker et al. (2022) finden zum Beispiel, dass nur etwas mehr als jedes fünfte Kind unter drei Jahren eine Kita besuchte. Bei Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren waren es nicht ganz zwei Drittel.

### 3 Wirtschaftliche Betroffenheit durch den Ukraine-Krieg

Auch gesamtwirtschaftlich hat sich der Krieg in der Ukraine auf die baden-württembergischen Betriebe ausgewirkt. Dieser Abschnitt soll die entsprechenden Erkenntnisse aus dem IAB-Betriebspanel darstellen.

Wie Abbildung 3.1 darstellt, berichtete zum Befragungszeitpunkt rund die Hälfte der Betriebe in Baden-Württemberg von wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg. Etwa ein Drittel hat keinerlei wirtschaftlichen Auswirkungen zu beklagen; 18 % fällt es schwer zu sagen. Betriebe in Gesamtdeutschland schätzen die Lage ähnlich ein: Hier bejahten genau 50 % die Existenz von wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihren Betrieb; 36 % verneinte sie.

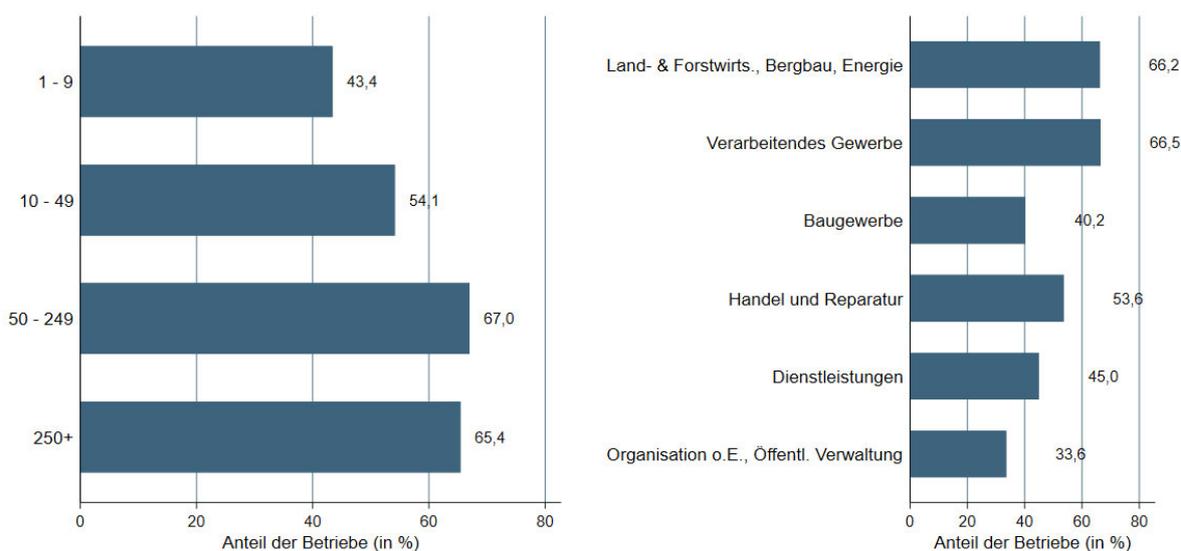
Abbildung 3.1 Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Betriebe (links) und Art der Auswirkung (rechts)



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet): N = 1139 (links), bzw. N = 636 (rechts).

In den allermeisten Fällen sind diese Auswirkungen negativ (ebenfalls Abbildung 3.1): Neun von zehn Betrieben Baden-Württembergs, die vom Ukraine-Krieg wirtschaftlich betroffen sind, sind dies auf negative Art und Weise. Nur die wenigsten Betriebe konnten vom Ukraine-Krieg hingegen profitieren. Erneut ist das gesamtdeutsche Bild ähnlich: Mit 88 % berichten ebenfalls fast neun von zehn Betrieben in Deutschland von überwiegend negativen Auswirkungen. Entsprechend sind baden-württembergische Betriebe nach eigener Auffassung weder häufiger noch stärker betroffen als Betriebe in Deutschland insgesamt.

Abbildung 3.2 Betroffenheit vom Ukraine-Krieg, nach Betriebsgröße und Branche



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. N = 1139.

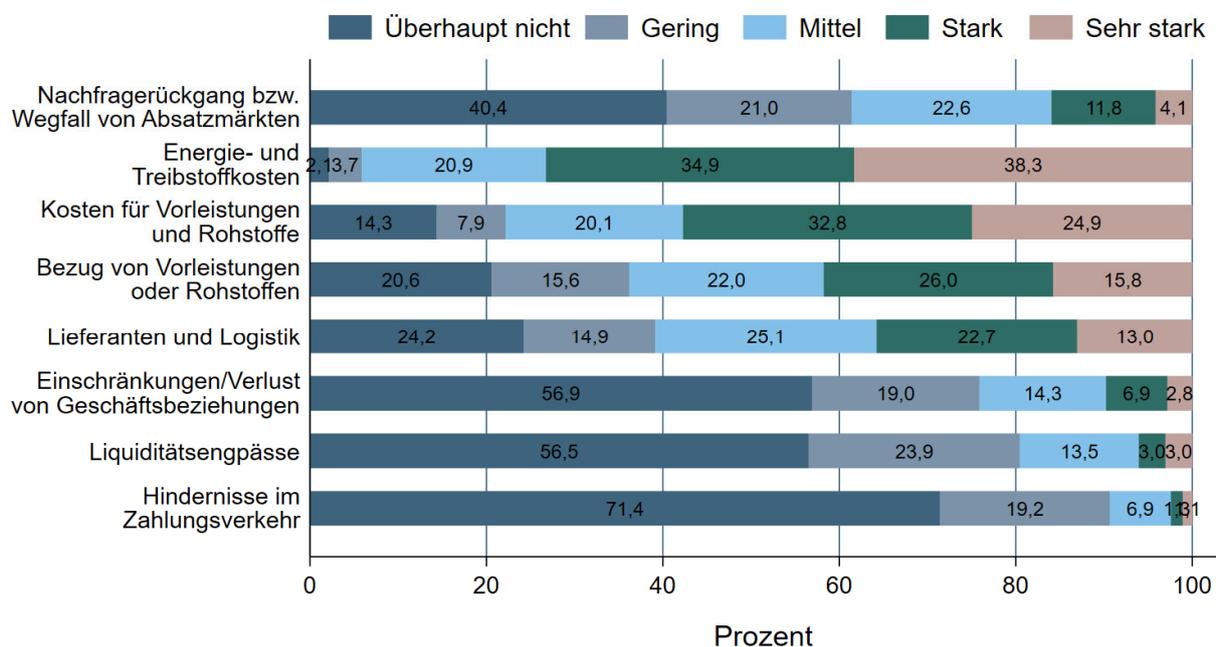
Größere Betriebe fühlen sich im Durchschnitt häufiger betroffen als kleinere Betriebe (Abbildung 3.2). Während weniger als die Hälfte aller Kleinstbetriebe (43,4 %) angibt, wirtschaftliche Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg zu spüren, sind es mehr als die Hälfte bei den kleinen Betrieben (54,1 %) und

jeweils rund zwei Drittel bei den mittleren (67,0 %) und Großbetrieben (65,4 %). Auch dies deckt sich mit den Ergebnissen aus der gesamtdeutschen Befragung. Etwas mehr Heterogenität lässt sich in Bezug auf die unterschiedlichen Branchen beobachten. Besonders häufig betroffen fühlen sich Betriebe in den Branchen *Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Energie* sowie dem *verarbeitenden Gewerbe*, in denen je zwei Drittel der Betriebe angibt, wirtschaftliche betroffen zu sein. Auch im *Handel und in der Reparatur* sind es mehr als die Hälfte aller baden-württembergischen Betriebe, die Auswirkungen spüren. Etwas weniger stark betroffen scheinen hingegen der *Dienstleistungssektor* (45,0 %) das *Baugewerbe* (40,2 %) und die *Organisation ohne Erwerbszwecke und die öffentliche Verwaltung* (33,6 %) zu sein. Selbst in diesen Branchen geben aber immer noch mehr als ein Drittel aller Betriebe an, durch den Ukraine-Krieg wirtschaftlich betroffen zu sein. Betriebe, die Außenhandel betreiben – also Umsatz im Ausland erzielen –, geben insgesamt etwas häufiger an, wirtschaftlich betroffen zu sein (59,7 % vs. 47,4 %).

Anschließend wurden all diejenigen Betriebe, die von wirtschaftlichen Auswirkungen berichten, bezüglich verschiedener „Wirkungskanäle“ des Krieges befragt: des Rückgangs der Nachfrage bzw. des Wegfalls von Absatzmärkten, höherer Kosten für Energie und Treibstoffe, höherer Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffe, Schwierigkeiten beim Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen, Schwierigkeiten mit Lieferanten oder der Logistik, Einschränkungen oder Verlust von Geschäftsbeziehungen, Liquiditätsengpässen sowie Hindernissen im Zahlungsverkehr. In Abbildung 3.3 werden die entsprechenden Ergebnisse grafisch dargestellt.

Am stärksten sind die Auswirkungen im Bereich Energie- und Treibstoffkosten, wo knapp drei Viertel aller Betriebe starke oder sehr starke Auswirkungen spüren. Als Folge des Krieges waren beispielsweise die Benzin- und Dieselpreise innerhalb eines Monats vom Februar auf März 2022 um 25 % (Super E5 und Super E10) bzw. 40 % (Diesel) angestiegen (Statistisches Bundesamt 2022). Darauf folgen Kostensteigerungen für Vorleistungen und Rohstoffe; etwas mehr als die Hälfte der Betriebe berichtet hier von mindestens starken Auswirkungen. Schwierigkeiten beim Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen bzw. mit Lieferanten oder Logistik benennt auch jeweils mehr als ein Drittel der Betriebe als mindestens stark in ihren Auswirkungen. All diese Kanäle lassen sich als Probleme in den betrieblichen Lieferketten zusammenfassen, die in Folge des Krieges in der Ukraine zunehmend unter Druck geraten waren (Menzel und Siegert 2022): Viele Vorprodukte, etwa Kabelbäume in der Automobilindustrie oder diverse Getreidesorten in der Lebensmittelbranche, stammen entweder aus der Ukraine, wo auf Grund des Krieges die Produktion in vielen Industrien abgenommen hat oder gar still steht, oder aus Russland, dessen Außenhandel durch Sanktionen massiv eingeschränkt worden ist.

Abbildung 3.3 Betroffenheit vom Ukraine-Krieg, nach Art der Auswirkung



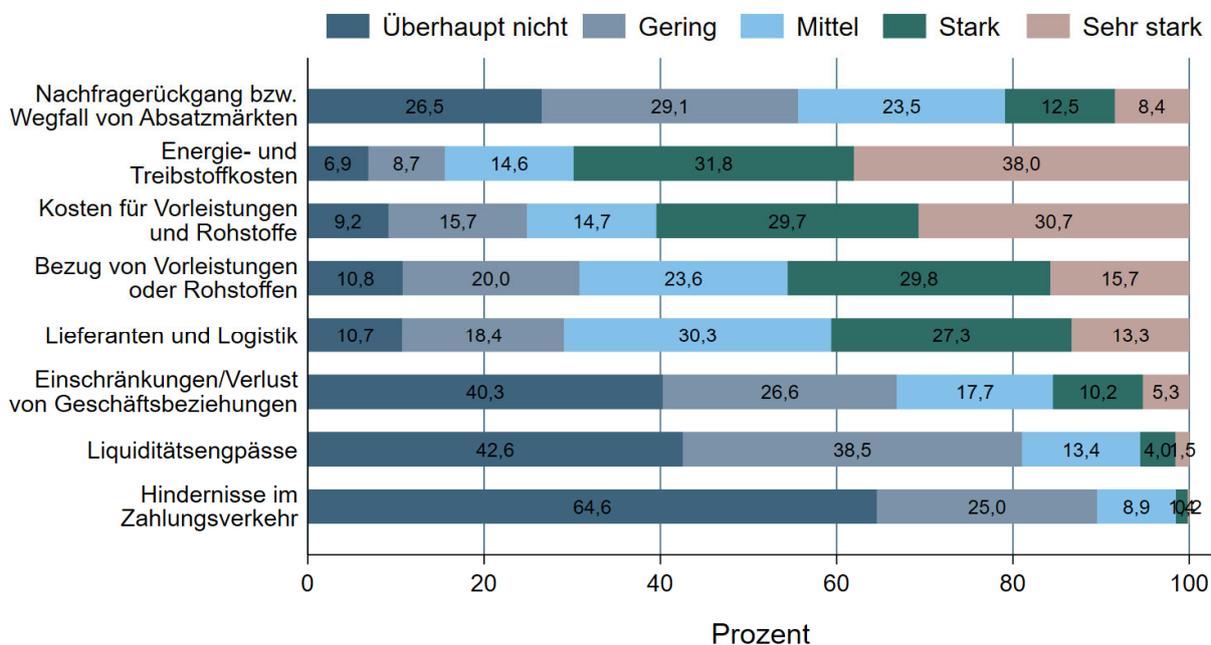
Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. N = 614.

Als Wirkungskanal insgesamt eher weniger relevant scheinen Hindernisse im Zahlungsverkehr sowie Liquiditätsengpässe zu sein, von denen jeweils 2 % bzw. 6 % der Betriebe Baden-Württembergs stark oder sehr stark betroffen sind. Auch einen Nachfragerückgang bzw. den Wegfall von Absatzmärkten erlebte weniger als jeder fünfte Betrieb in mindestens starkem Umfang.

Betriebe, die einen Teil ihres Umsatzes im Ausland erzielen, sind tendenziell stärker in internationale Lieferketten und Handelsbeziehungen verflochten, als es Betriebe sind, die ihren gesamten Umsatz in Deutschland erwirtschaften. Entsprechend ist zu erwarten, dass solche international agierenden Betriebe stärker vom Krieg in der Ukraine betroffen sind. Dies ist in Abbildung 3.4 dargestellt. Betriebe, die Außenhandel betreiben, sind überdurchschnittlich stark von einem Nachfragerückgang bzw. dem Verlust von Absatzmärkten betroffen: Mehr als jeder fünfte dieser Betriebe (20,9 %) berichtet von starken oder sehr starken Auswirkungen, gegenüber 15,2 % der Betriebe ohne Außenhandel (statistisch allerdings nicht signifikant voneinander verschieden). Dies könnte sowohl Betriebe betreffen, die aktive Handels- und Geschäftsbeziehungen mit ukrainischen Unternehmen haben, als auch Betriebe, die vor Kriegsbeginn ihre Produkte und Dienstleistungen in Russland und anderen Staaten, die ebenfalls von den Sanktionen betroffen sind, absetzten. Letzteres könnte auch das vermehrte Auftreten von Einschränkungen bzw. Verlusten von Geschäftsbeziehungen erklären, wovon gut 15,5 % der Betriebe mit Außenhandel in Zusammenhang mit mindestens starken wirtschaftlichen Auswirkungen berichten (8,3 % bei Betrieben ohne Außenhandel; statistisch signifikant unterschiedlich auf 5 %-Niveau). Trotz stärkerer Verflechtungen in internationale Zahlungsströme stellen auch hier Hindernisse im Zahlungsverkehr bei den wenigsten Betrieben ein Problem dar (5,6 % vs. 5,9 %). In Sachen Lieferketten (Betriebe mit Außenhandel minimal häufiger mindestens stark betroffen) und Energie- und Treibstoffkosten (Betriebe ohne Außenhandel minimal häufiger mindestens stark betroffen) lassen

sich bezüglich der Stärke der Auswirkungen nur kleine nicht signifikante Unterschiede zwischen Betrieben ohne und mit Außenhandel ausmachen.

Abbildung 3.4 Betroffenheit vom Ukraine-Krieg bei Betrieben mit Außenhandel, nach Art der Auswirkung

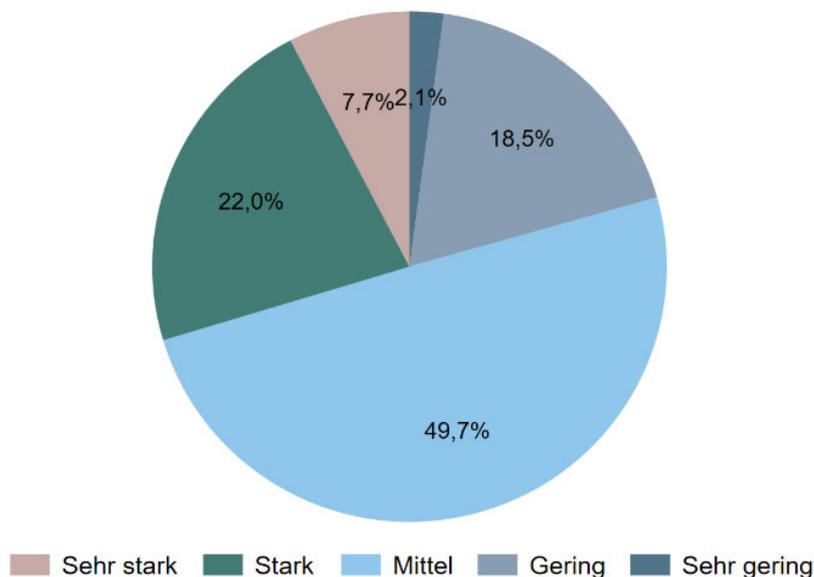


Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. N = 217.

Ohne weitere Differenzierung der Kanäle, über die sich der Ukraine-Krieg auf Betriebe in Deutschland und Baden-Württemberg auswirkt, gibt rund die Hälfte der vom Krieg betroffenen Betriebe an, insgesamt in mittleren Maße Auswirkungen zu spüren (siehe Abbildung 3.4). Starke oder sehr starke Auswirkungen erlebt etwas weniger als ein Drittel der betroffenen Betriebe; etwa ein Fünftel gibt geringe oder sehr geringe Auswirkungen an.

Gerechnet auf alle Betriebe Baden-Württembergs ergibt sich damit folgendes Bild: Ein Drittel der Betriebe berichtet von keinen wirtschaftlichen Auswirkungen (siehe Abbildung 3.1). Jeder zehnte Betrieb ist nach eigenen Angaben wirtschaftlich stark vom Krieg in der Ukraine betroffen; fast jeder zwanzigste sogar sehr stark. Rund ein Viertel der Betriebe spürt mittelstarke Auswirkungen; ein weiteres Zehntel geringe oder sehr geringe. 18,0 % der Betriebe fiel es des Weiteren zum Befragungszeitpunkt schwer, es zu beurteilen.

Abbildung 3.5 Stärke der wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs unter betroffenen Betrieben

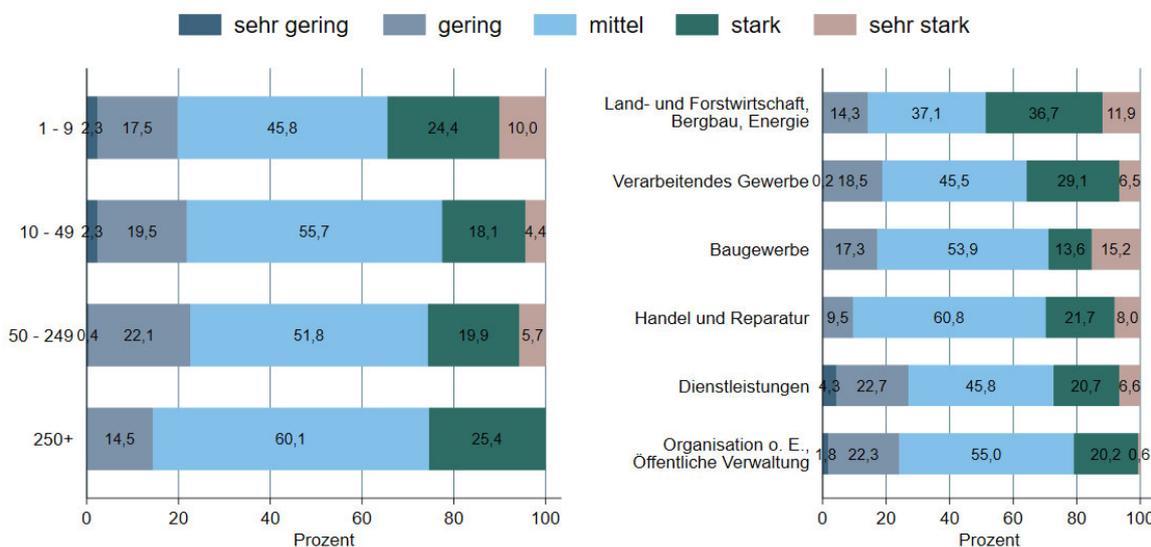


Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022.

Abbildung 3.6 stellt die Stärke der Betroffenheit vom Ukraine-Krieg nochmals aufgeschlüsselt nach Betriebsgröße und Branche dar. In Bezug auf die Betriebsgröße lässt sich beobachten, dass der Anteil der Betriebe mit mindestens starken Auswirkungen fast konstant bei ca. 25 % liegt; nur Kleinstbetriebe sind etwas häufiger stark oder sehr stark betroffen. Die Branchenunterschiede sind ähnlich gering: Allein Betriebe in der *Land- und Forstwirtschaft, dem Bergbau und dem Energiesektor* scheinen tendenziell häufiger stark oder sehr stark vom Ukraine-Krieg betroffen zu sein.

Betriebe aus dem gesamten deutschen Bundesgebiet geben mit 5 % seltener als baden-württembergische Betriebe an, sehr stark vom Ukraine-Krieg betroffen zu sein. Allerdings spüren im Bundesgebiet mit 25 % etwas mehr Betriebe starke wirtschaftliche Auswirkungen, sodass im Bundesgebiet wie in Baden-Württemberg drei von zehn betroffenen Betrieben mindestens starke Auswirkungen angeben. Deutschlandweit ist ein Fünftel der betroffenen Betriebe maximal in geringem Maße betroffen (18 % gering, 2 % sehr gering), was ebenfalls ähnlich zur Situation in Baden-Württemberg ist.

Abbildung 3.6 Stärke der wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, nach Betriebsgröße und Branche



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022.

Zusammenfassend lässt sich demnach feststellen, dass sich der Ukraine-Krieg in einem wesentlichen Umfang auf die baden-württembergische Betriebslandschaft auswirkt. Knapp die Hälfte der Betriebe Baden-Württembergs ist nach eigener Einschätzung vom Krieg wirtschaftlich betroffen; fast ausschließlich in negativem Maße. Überdurchschnittlich häufig betroffen sind mittlere und Großbetriebe sowie Betriebe, die in energie- oder rohstoffintensiven Sektoren, wie dem Energiesektor oder dem verarbeitenden Gewerbe, agieren. Auch Betriebe, die einen Teil ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaften und somit in internationale Handels- und Zahlungsströme eingebunden sind, spüren nach eigener Angabe häufiger negative wirtschaftliche Auswirkungen durch den andauernden Krieg in der Ukraine. Noch immer betroffen, wenngleich verglichen mit anderen Betrieben weniger stark, sind Kleinbetriebe mit bis zu neun Beschäftigten, Betriebe im Dienstleistungssektor, im Baugewerbe sowie in der Organisation ohne Erwerbszweck bzw. der öffentlichen Verwaltung.

Die primären Treiber scheinen zum einen die Energie- und Treibstoffpreise zu sein, die im Zuge des Krieges in der Ukraine schnell und stark angestiegen waren, sowie wachsende Probleme in den betrieblichen Lieferketten, verursacht zum Beispiel durch gestiegene Kosten für und erschwertem Bezug von Vorleistungen und Rohstoffen oder Schwierigkeiten in der Logistik. Nachfragerückgänge, den Wegfall von Absatzmärkten, Liquiditätsengpässe oder Hindernisse im Zahlungsverkehr erlebten hingegen vergleichsweise eher wenige Betriebe.

Unter den betroffenen Betrieben stuft rund jeder dritte Betrieb die Auswirkungen als stark oder sogar sehr stark ein; die Mehrheit hingegen beurteilt die wirtschaftlichen Effekte des Krieges auf ihren Betrieb als mittelstark, gering oder nur sehr gering.

## 4 Fazit

Der Krieg in der Ukraine hat sich auf vielfältige Art und Weise auf Betriebe in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt ausgewirkt. Zum einen hatte der Konflikt einen großen Zustrom an schutzsuchenden Ukrainer:innen zur Folge, für die – angesichts der unklaren Lage in ihrem Heimatland – nun nach und nach auch die Partizipation am Arbeitsmarkt an Relevanz gewinnt. Zum anderen waren Betriebe ganz direkt Leidtragende der wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges.

Bisherige Daten legen nahe, dass die Integration der ukrainischen Geflüchteten in den deutschen bzw. baden-württembergischen Arbeitsmarkt bereits im Sommer 2022 begonnen hat. Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Anzahl der beschäftigten oder auch arbeitssuchenden Ukrainer:innen seit Kriegsbeginn rapide zugenommen hat. Auch anhand der Angaben der im Sommer 2022 für das IAB-Betriebspanel befragten Betriebe lässt sich zeigen, dass ein Teil der Betriebe wegen eines Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatzes Kontakt zu Ukrainer:innen hatte. Ukrainer:innen beschäftigte zum Befragungszeitpunkt etwa einer von fünfzig Betrieben. Bei mehr als 400.000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Baden-Württemberg macht dies mindestens 8.000 Betriebe, in denen ukrainische Geflüchtete bereits beschäftigt werden.

Der hohe Anteil erwerbsfähiger Frauen an den Geflüchteten beginnt bisher häufiger eine Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Große und mittlere Betriebe, die bereits Erfahrungen im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/16 mit Geflüchteten gemacht haben, hatten häufiger Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten. Betriebe mit einem hohen Anteil an offenen bzw. unbesetzten Stellen hatten ebenfalls eine höhere Wahrscheinlichkeit, mit Ukrainer:innen in Kontakt zu stehen bzw. diese auch zu beschäftigen. Insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Bildungsstandes der geflüchteten Ukrainer:innen könnte dies in ersten Ansätzen als Evidenz interpretiert werden, dass ukrainische Geflüchtete in Zukunft ein Potential darstellen könnten, das dem Fachkräftemangel entgegenwirkt.

Schwierigkeiten und Schwächen in der bisherigen Einbindung von Ukrainer:innen in den Arbeitsmarkt konnten mit dem IAB-Betriebspanel selbst nicht direkt beurteilt werden. Im Kontext der Literatur lassen sich allerdings einige Rückschlüsse ziehen: Als Folge des Krieges sind mehrheitlich Frauen und Kinder nach Baden-Württemberg gekommen. Die Realisation des zusätzlichen Erwerbspotentials der geflüchteten Ukrainer:innen hängt damit insbesondere davon ab, wie schnell Betreuungs- und Bildungsangebote die geflüchteten ukrainischen Familien erreichen. Eine rasche Ausdehnung der Arbeitsmarktpartizipation geflohener Ukrainer:innen hängt daher entscheidend vom Zugang zu diesen Angeboten ab. Da mehr und mehr ukrainische Geflüchtete die Integrations- oder Berufssprachkurse abschließen, die sie auf die Integration in den deutschen bzw. baden-württembergischen Arbeitsmarkt vorbereiten, wird sich das Arbeitskräftepotential weiter erhöhen. Ob diese Prognose allerdings zutrifft, hängt stark vom weiteren Verlauf und der Dauer des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen Bleibewunsch der Geflüchteten ab.

In Bezug auf allgemeine wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Betriebe ergibt die Auswertung, dass jeder zweite Betrieb negative wirtschaftliche Folgen des Krieges hinnehmen musste. Dies trifft vor allem auf mittlere und Großbetriebe zu. Als wichtigste Wirkungskanäle identifizierten die Betriebe die gestiegenen Kosten für Energie und Treibstoff sowie Schwierigkeiten in der Erhaltung der Lieferketten. Die Verteuerung und der erschwerte Bezug von Vorleistungen und

Rohstoffen, ebenso wie allgemeine Probleme mit Lieferanten und der Logistik machte einer Vielzahl der Betriebe zu schaffen. Betriebe in energie- und rohstoffintensiven Branchen, wie dem Energiesektor oder dem verarbeitenden Gewerbe, waren besonders häufig wirtschaftlich negativ betroffen, während vor allem Dienstleistungsbetriebe oder solche in der Organisation ohne Erwerbszweck und Dienststellen der öffentlichen Verwaltung weniger selten wirtschaftliche Folgen angeben.

Unter allen Betrieben setzt etwa jeder zehnte starke oder sogar sehr starke wirtschaftliche Auswirkungen mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung. Das bedeutet zugleich, dass der weit überwiegende Teil der baden-württembergischen Wirtschaft nur schwache oder keine Effekte feststellt. Dazu passt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2022, die von einer Stagnation, aber nicht von einer Rezession gekennzeichnet war (Statistisches Bundesamt 2023a). Derzeit normalisieren sich die Energiekosten wieder und infolgedessen wird auch ein Rückgang der Inflationsrate erwartet (Statistisches Bundesamt 2023b). Wenngleich die Betriebe die unmittelbaren Folgen der Krise insofern bald überwunden haben könnten, bleibt abzuwarten, wie sich die generell verschlechterten Wachstumsaussichten auf die Situation der baden-württembergischen Betriebe auswirken werden.

## Literaturverzeichnis

- Bossler, M., & Popp, M. (2022, March). Viele geflüchtete Ukrainerinnen könnten mittelfristig in Engpassberufen unterkommen. In *Serie „Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf den deutschen Arbeitsmarkt“*. doi: 10.48720/IAB.FOO.20220323.01
- Brändle, T., Bellmann, L., Kalweit, R., Koch, A., König, T., Reiner, M., ... & Späth, J. (2022). Endbericht zum Forschungsvorhaben Evaluation des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) Zb 1-04812-2/38.
- Brücker, H., Ette, A., Grabka, M., Kosyakova, Y., Niehues, W., Rother, N., Spieß, K. Zinn, S., Bujard, M., Cardozo, A., Décieux, J. P., Maddox, A, Milewski, N., Naderi, R., Sauer, L., Schmitz, S., Schwanhäuser, S., Siegert, M., Tanis, K. (2022). Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Flucht, Ankunft und Leben. Wiesbaden. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). doi: 10.12765/bro-2022-04
- Brücker, H., Kosyakova, Y., Schuß, E. (2020). Fünf Jahre seit der Fluchtmigration 2015: Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte. IAB-Kurzbericht 04/2020-Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit. (2023, 13. April). *Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen) – Deutschland, Länder und Kreise. 30. September 2022*. Statistik der Bundesagentur für Arbeit
- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (2023). *BDEW-Strompreisanalyse April 2023*. Abgerufen am 27. Juni 2023. <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/#:~:text=Haushalte%3A%20So%20hat%20sich%20der,Hj>.
- Hauptmann, A., Keita, S. (2022). *Beschäftigung von Geflüchteten in Deutschland: Betriebe mit ausländischen Beschäftigten stellen häufiger Geflüchtete ein*. IAB-Kurzbericht 6/2022.
- Hauptmann, A., Keita, S., & Konle-Seidl, R. (2022). *Geflüchtete aus der Ukraine: Integrationsperspektiven in Deutschland* (No. 11/2022). IAB-Stellungnahme. Kubis, A. (2023). *Betriebe mit entsprechenden Erfahrungen stellen häufiger Geflüchtete ein*. IAB-Forum, 30. Januar 2023.
- Menzel, C., Siegert, G. (2022). *Lieferketten unter Druck. Eine handels- und branchenseitige Betrachtung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit Russland und der Ukraine*. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Schlaglichter Mai 2022.
- Schreyer, F., Anger, S., Grabert, T. F., & Martyniuk, O. (2022). Berufliche Bildung in der Ukraine – ein Überblick. In *IAB-Forum: das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit*. doi: 10.48720/IAB.FOO.20220715.01
- State Statistics Service of Ukraine (2021): *Statistical Yearbook of Ukraine 2020*, Kiew.
- Statistisches Bundesamt (2022). *Benzin und Diesel in Deutschland wieder teurer als in allen EU-Nachbarstaaten*. Pressemitteilung Nr. N 057 vom 12. September 2022. Abgerufen am 27. Juni 2023. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22\\_N057\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_N057_611.html)

Statistisches Bundesamt (2023a). *Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2022*. Pressemitteilung Nr. 070 vom 24. Februar 2023. Abgerufen am 27. Juni 2023.

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23\\_070\\_811.html#:~:text=Bruttoinlandsprodukt%20\(BIP\)%2C%204.&text=Quartal%202022%20%E2%80%93%20preiss%2D%2C%20saison,Januar%202023%20berichtet.](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23_070_811.html#:~:text=Bruttoinlandsprodukt%20(BIP)%2C%204.&text=Quartal%202022%20%E2%80%93%20preiss%2D%2C%20saison,Januar%202023%20berichtet.)

Statistisches Bundesamt (2023b). *Inflationsrate im Mai 2023 bei +6,1 %*. Pressemitteilung Nr. 224 vom 13. Juni 2023. Abgerufen am 27. Juni 2023.

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23\\_224\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_224_611.html)

Statistisches Landesamt (2023, 24. April). *362 000 Schutzsuchende leben in Baden-Württemberg 131 000 Schutzsuchende haben eine ukrainische Staatsangehörigkeit*. Pressemitteilung 94/2023. Abgerufen am 20. Juni 2023.

<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2023094>

Statistisches Landesamt (2022). *Beschäftigte nach Altersgruppen und Nationalität*.

<https://www.statistik-bw.de/Arbeit/Beschaeftigte/LRt0511.jsp>

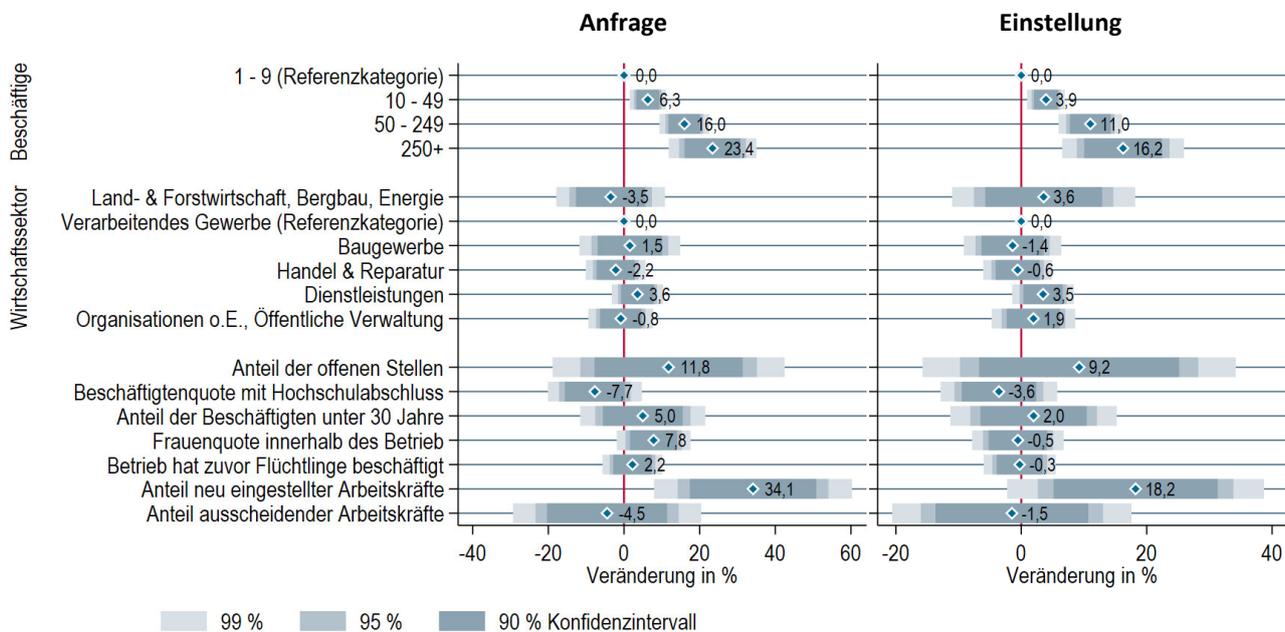
Tagesschau (2023, 30. April). *Basiskurs für Geflüchtete Für die erste Orientierung in der Fremde*. Abgerufen am 20. Juni 2023: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/integration-gefluechtete-102.html>

UNHCR. (2023, 23. Februar). *Ein Jahr nach der russischen Invasion sind ein Drittel der Ukrainer Flüchtlinge oder Binnenvertriebene*. UNHCR. Abgerufen am 20. Juni 2023

<https://www.unhcr.org/dach/de/88237-ein-jahr-nach-der-russischen-invasion-sind-ein-drittel-der-ukrainer-fluechtlinge-oder-binnenvertriebene.html>

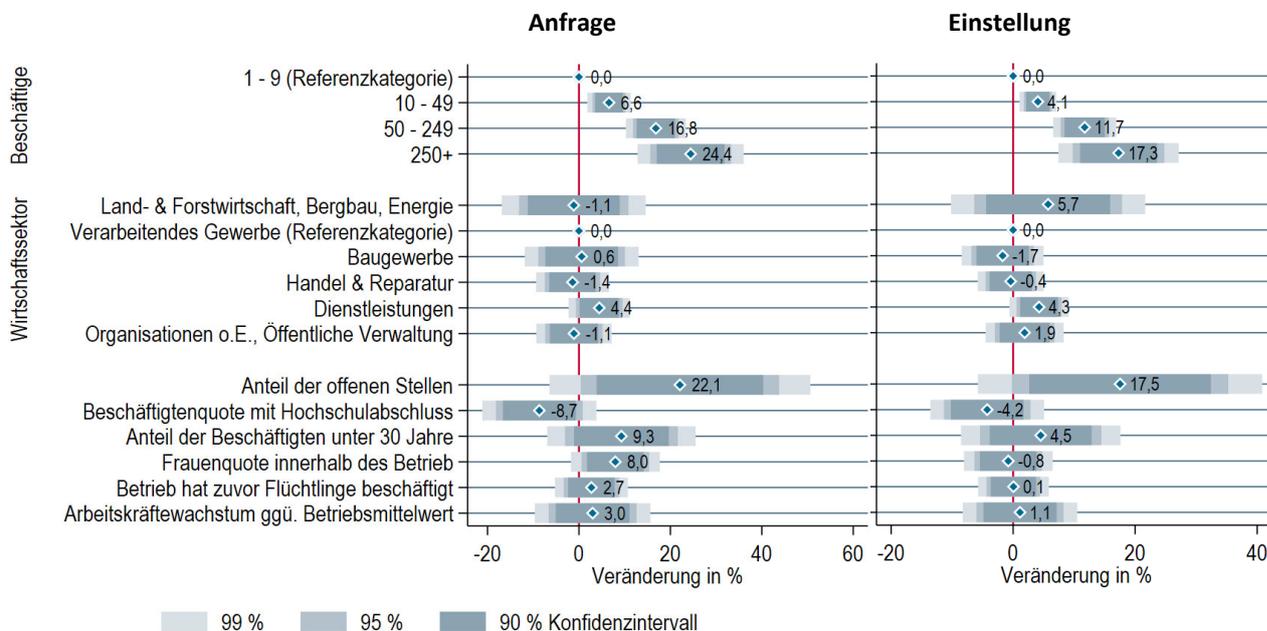
## A Anhang

### A.1 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Ukrainer:innen unter Berücksichtigung der Mitarbeiterfluktuation



Quelle: Probit-Regression mit der Ausgabe marginaler Effekte auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet): N = 1136; davon mit beschäftigten ukrainische Geflüchtete, N = 69.

## A.2 Marginale Effekte auf eine Anfrage / die Einstellung von Ukrainer:innen unter Berücksichtigung des Beschäftigtenwachstums



Quelle: Probit-Regression mit der Ausgabe marginaler Effekte auf Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg 2022. Fallzahlen (ungewichtet): N = 1136; davon mit beschäftigten ukrainische Geflüchtete, N = 69.



Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.  
an der Universität Tübingen

Schaffhausenstraße 73  
72072 Tübingen  
Telefon 07071 98960  
iaw@iaw.edu  
<https://www.iaw.edu>



**INSTITUT FÜR ANGEWANDTE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.**

*an der Universität Tübingen*